

Erläuterung zur Reichtumsuhr des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen und des Landesbezirks ver.di Hessen

Die Grundlage



Die Reichtumsuhr basiert auf der Verteilung des individuellen Netto-Vermögens (Vermögen von Personen ab 17 Jahren) in Deutschland in den Jahren 2002 und 2007. Die Höhe des Gesamtvermögens in Deutschland und seine Verteilung ist von Wissenschaftlern des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung ermittelt worden. Das Nettovermögen setzt sich aus den folgenden Komponenten zusammen:

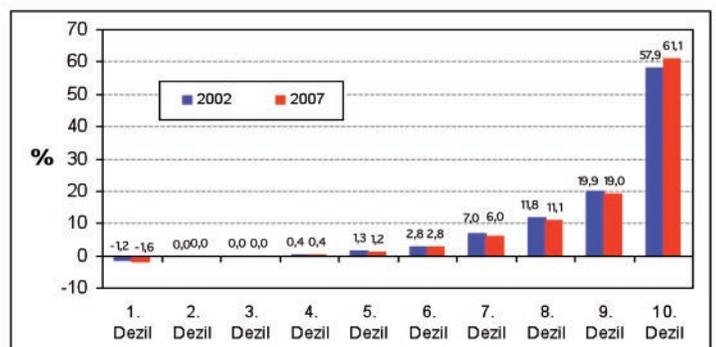
- selbst genutzter und sonstiger Immobilienbesitz (unter anderem unbebaute Grundstücke, Ferien- oder Wochenendwohnungen)
- Geldvermögen (Sparguthaben, Spar- oder Pfandbriefe, Aktien- oder Investmentanteile)
- Vermögen aus privaten Versicherungen (Lebens- oder private Rentenversicherungen, Bausparverträge)
- Betriebsvermögen (Besitz oder Beteiligung an einer Firma, Geschäft oder Betrieb)
- Sachvermögen in Form wertvoller Sammlungen wie Gold, Schmuck, Münzen oder Kunstgegenstände
- Schulden (vor allem Konsumenten- oder Hypothekenkredite).

Hausrat und PKW sind nicht enthalten, da hierfür ein adäquater Marktwert nur schwer zu ermitteln ist. Dadurch wird der Wert des Vermögens unterschätzt.

Im Jahr 2007 verfügten alle Personen in Deutschland, die 17 Jahre und älter waren, über ein Nettovermögen in Höhe von 6,6 Billionen Euro (Bruttovermögen: 8 Billionen Euro, Verbindlichkeiten: 1,4 Billionen Euro). Damit ist innerhalb von fünf Jahren ein Anstieg von 900 Milliarden Euro auszumachen – 2002 belief sich das Nettovermögen auf 5,7 Billionen Euro.

Die Vermögen in Deutschland sind extrem ungleich verteilt, und diese Ungleichverteilung hat zwischen 2002 und 2007 stark zugenommen (vgl. auch die Abbildung). Die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung sind im Jahr 2007 verschuldet, rund zwei Drittel aller Erwachsenen weisen kein oder nur ein sehr geringes individuelles Nettovermögen auf. Im Gegensatz dazu verfügen die reichsten zehn Prozent über mehr als 60 Prozent des Gesamtvermögens und das reichste eine Prozent besitzen allein knapp 23 Prozent.

Individuelles Nettovermögen nach Dezilen in Deutschland 2002 und 2007



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Ursache für persönlichen Reichtum sind zum Beispiel Erbschaften und Schenkungen, es besteht jedoch auch ein klarer (positiver) Zusammenhang zwischen der Höhe von Einkommen und Vermögen: Wer viel verdient, verfügt meist auch über ein hohes Vermögen. Dabei

beeinflussen sich Einkommenssteigerung und Vermögenszuwachs gegenseitig: hohe Einkommen ermöglichen über Ersparnisse eine entsprechende Vermögensbildung und steigende Vermögen werfen zunehmende Zinseinkommen ab.

Die Fortschreibung des Vermögens

Die Reichtumsuhr des DGB Hessen schreibt das private Nettovermögen fort. Dabei gehen wir davon aus, dass der Zuwachs ähnlich verläuft wie zwischen den Jahren 2002 und 2007. Die Verteilung des Jahres 2007 wird als gleichbleibend unterstellt. Die Zahlen zeigen jedoch an, dass die Einkommen seit 2007 sich weiter ungleich entwickeln. Daher ist damit zu rechnen, dass auch die Verteilung der Vermögen zukünftig weiter auseinander geht und sich dadurch die Kluft von viel Vermögen und extremer Armut vergrößert.

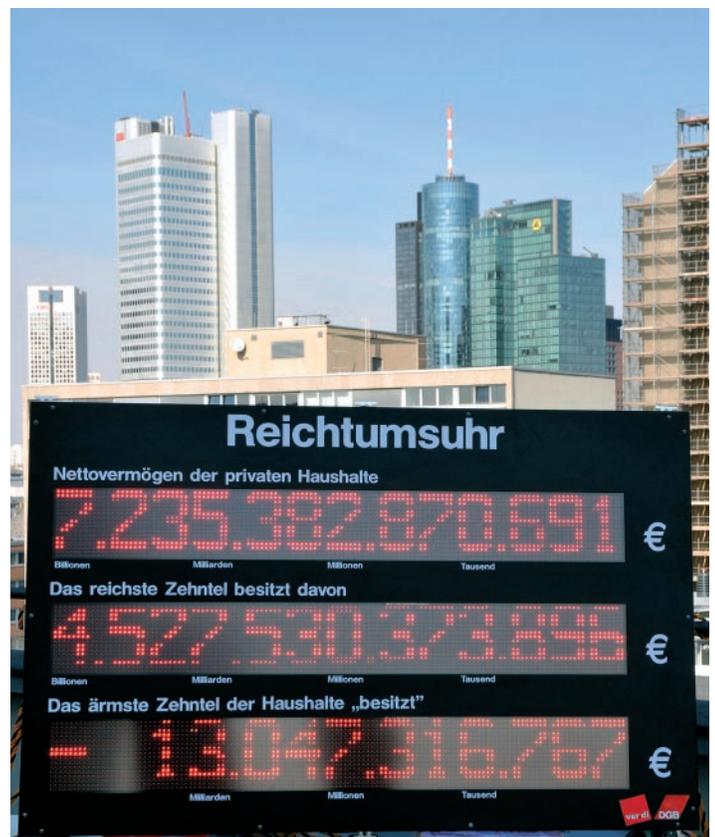
Die Reichtumsuhr versteht sich explizit als politischer Gegenentwurf zur Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler. Sie will deutlich machen, wie groß der Reichtum in Deutschland ist. An den Zahlen lässt sich leicht feststellen, dass die öffentliche Hand durch den Verzicht auf eine angemessene Besteuerung hoher Vermögen erhebliche Einnahmen verschenkt – Geld, das zum Abbau der Verschuldung und für wichtige Aufgaben fehlt, zum Beispiel im Bereich Erziehung und Bildung.

Politische Schlussfolgerungen

Die Einkommens- und Vermögensverteilung wird in Deutschland immer ungleicher: Der Niedriglohnssektor wächst, die Reallöhne fallen und die Armutsgefährdung steigt, während hohe Einkommen und Vermögen wachsen. Der Anteil der vermögensbezogenen Steuern (Erbschaftssteuer, Vermögensteuer usw.) am Bruttoinlandsprodukt liegt bei unter einem Prozent. Damit

ist er nur etwa halb so hoch wie im Durchschnitt der OECD-Länder. Gleichzeitig ist die öffentliche Hand in Deutschland strukturell unterfinanziert: Wichtige Ausgaben etwa im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, im Bildungssystem oder im Bereich der Erneuerbaren Energien können nicht im erforderlichen Umfang getätigt werden.

Eine moderate Vermögensteuer mit einem Freibetrag in Höhe von 500.000 Euro und einem Vermögenssteuersatz von einem Prozent brächte Einnahmen in Höhe von jährlich 20 Milliarden Euro. Wenn zudem das Erbschaftsteueraufkommen durch Besteuerung besonders hoher Erbschaften gesteigert würde, könnten weitere 6 Milliarden Euro für die öffentliche Hand mobilisiert werden.



Literatur

- Joachim R. Frick / Markus M. Grabka, Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW Wochenbericht 4/2009.
- Joachim R. Frick / Markus M. Grabka/Richard Hauser, Die Verteilung der Vermögen in Deutschland, Berlin 2010.
- Ver.di, Konzept Steuergerechtigkeit, Berlin 2009.